

Arbeiter
Angestellte
Beamte



Arbeiter
Angestellte
Beamte

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

www.dstg-berlin.de/grollblatt

DSTG-Landeshauptvorstand: dbb-Reformmodell 21 vorgestellt, GPR-Kandidaten aufgestellt



Der DSTG-Landesvorsitzende Detlef Dames informierte die Delegierten des Landeshauptvorstandes über die Verhandlungen mit der Senatsverwaltung für Inneres sowie mit dem Regierenden Bürgermeister. Die Stellenpoolproblematik in der Berliner Landesverwaltung unter dem Gesichtspunkt des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes erörterte der Berliner dbb-Vorsitzende Joachim Jetschmann. Des Weiteren diskutierten die Delegierten über das dbb-reformmodell 21, mit dem der dbb und seine Fachgewerkschaften in einer schwierigen Zeit die Weichen stellen u.a. für eine verlässliche, unabhängige und leistungsstarke öffentliche Verwaltung, ein modernes Berufsbeamtentum und ein konkurrenzfähiges Tarifrecht. Am Nachmittag standen die Wahlen der Kandidatinnen und Kandidaten der DSTG für den Gesamtpersonalrat bei der Oberfinanzdirektion Berlin (GPR) auf der Tagesordnung. Die Delegierten des DSTG-Landeshauptvorstandes wählten Frank Thorwart (FA Steglitz) für die Liste Arbeiter, Bernd Raue (FA Körperschaften IV) für die Liste Angestellte und Detlef Dames (FA Wilmersdorf) für die Liste Beamte zu Spitzenkandidaten der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

INHALTSVERZEICHNIS

DSTG-Landeshauptvorstand: dbb-Reformmodell 21 vorgestellt, GPR-Kandidaten aufgestellt	13
Impressum	14
DSTG-Landeshauptvorstand: dbb-Reformmodell 21 vorgestellt, GPR-Kandidaten aufgestellt	15
DSTG-Mitgliederehrung im Logenhaus Berlin	16
Organisationsänderungen in den Finanzkassen	18
Leistungsangebot der Deutschen Steuer-Gewerkschaft: Beihilfe-Broschüre	20

Beamtenpolitisches Grundsatzgespräch mit Innensenator Dr. Körting

Am 25. Februar 2004 trafen sich der dbb berlin und der Innensenator Dr. Körting zu einem beamtenpolitischen Grundsatzgespräch. Die DSTG Berlin wurde dabei durch den stv. Landesvorsitzenden Mario Moeller vertreten.

DSTG und dbb forderten erneut zumindest die Anrechnung der sogenannten Praxisgebühr auf die Kostendämpfungspauschale. Der Innensenator sagte eine erneute Prüfung zu, sobald die Pläne anderer Länder mit vergleichbarer Problematik bekannt

werden. „Vorher könne und werde er nichts unternehmen!“ Die Forderung der DSTG auf unverzügliche Wiedereinführung der Außendienstentschädigung (ADE) nach Verabschiedung des Haushalts erteilte Dr. Körting eine kategorische Absage, da der

Rechnungshof seit längerem pauschale Zahlungen kritisiere. Somit bleibt den betroffenen Kolleginnen und Kollegen als einzige Möglichkeit, die tatsächlichen Kosten geltend zu machen und damit die Oberfinanzdirektion zusätzlich zu belasten.

Die richtige Adresse für Ihre Bankgeschäfte!

Seit über 130 Jahren für Post und Telekom – jetzt können Sie exklusiv als Beschäftigter bei Polizei, Justiz, Bundesgrenzschutz, Finanzamt, Feuerwehr und Zoll sowie Ihre Angehörigen ebenfalls die Vorteile einer PSD Bank-Verbindung nutzen.

Wir bieten alle Bankdienstleistungen im Einlagen- und Kreditbereich im Privatkundengeschäft.

Die Vorteile von PSD GiroDirekt

- **komplett frei von Kosten**
- **Gewinn durch hohe Verzinsung ohne Mindesteinlage**
- **kostenlose BankCard**
- **kostenlose Mastercard / VISA Card**
- **Bargeld zum Nulltarif**
- **PSD OnlineBanking**

www.psd-berlin-brandenburg.de

Einfach anrufen
0 18 03/850 820

Mo. - Fr. 6-22 Uhr
Sa. und So. 9-16 Uhr



Berlin-Brandenburg eG

Handjerystraße 34 - 36
12159 Berlin (Friedenau)

DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

IMPRESSUM

DSTG DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb - beamtenbund und tarifunion

Herausgeber: Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Mo 9:00 - 18:00 Uhr Di - Do 9:00 - 14:00 Uhr
Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 e-mail: info@dstg-berlin.de Internet: dstg-berlin.de

Verantwortlich für den Inhalt: Jürgen Köchlin

Redaktion: Detlef Dames (verantw.), Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin, Rita Rohde, Frank Schröder, Daniela Werner
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 10. des Monats. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

Fotos: DSTG Berlin Archiv / Michael Pahlow (DSTG-Bezirksgruppe Tempelhof)

Anzeigenverwaltung: Götz Lemke

Gestaltung/Layout: Jürgen Köchlin

Druck: DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askaniering 155-156, 13585 Berlin (Spandau)
Telefon: 030 3752030 Telefax: 030 3755226 e-mail: druckerei.wichmann@t-online.de

Titellayout: Karsten Köchlin

Auflage: 8.100 Exemplare - Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

15. März 2004

DSTG-Landeshauptvorstand: dbb-Reformmodell 21 vorgestellt, GPR-Kandidaten aufgestellt

Auf der DSTG-Landeshauptvorstandssitzung am 25. Februar 2004 wählten die Delegierten nach der Empfehlung des DSTG-Landesvorstandes die Spitzenkandidaten für den Gesamtpersonalrat bei der Oberfinanzdirektion Berlin (GPR).

In mehreren Wahlgängen bestimmten die Delegierten der DSTG-Bezirksgruppen die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten der Deutschen Steuer-Gewerkschaft für die Liste der Arbeiter, der Angestellten und der Beamten für den Gesamtpersonalrat (GPR).



Detlef Dames
Beamter
Finanzamt Wilmersdorf
Gruppe der Beamten



Frank Thorwart
Verwaltungsarbeiter
Finanzamt Steglitz
Gruppe der Arbeiter



Bernd Raue
Verwaltungsangestellter
Finanzamt Körperschaften IV
Gruppe der Angestellten

dbb und DSTG fordern Korrekturen bei der Beitragsbemessung auf Versorgungsbezüge in der GKV

Der dbb und seine Fachgewerkschaften lehnen die Beitragserhöhungen in der gesetzlichen Krankenversicherung für Rentner und Versorgungsempfänger ab. Der dbb-Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 2. Februar 2004 in Berlin einen entsprechenden Beschluss gefasst. Er fordert entsprechende gesetzliche Korrekturen. Zudem wird er im Rahmen von Musterverfahren diese Änderungen einer gerichtlichen Überprüfung unterziehen.

Die veränderte Beitragsbemessung von Versorgungsbezügen wirkt sich zum Teil drastisch auf die Beiträge von Ruhestandsbeamten und Rentnern zur gesetzlichen Krankenversicherung aus.

Aus diesem Grund hatte der dbb bereits im vergangenen Jahr im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum GKV-

Modernisierungsgesetz darauf hingewirkt, die volle Beitragszahlung aus Versorgungsbezügen abzuwehren. Letztlich konnte diese Regelung jedoch nicht verhindert werden.

Der dbb wird nun entsprechende Musterverfahren anstrengen.

Parallel dazu hat der dbb auch auf politi-

scher Ebene erneut die Initiative ergriffen. Neben der Bundesgesundheitsministerin und dem Bundesinnenminister wurden die Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien aufgefordert, das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung mit Blick auf die damit verbundenen Härten für Ruhestandsbeamte und Rentner zu modifizieren. ■

DSTG-Mitgliederehrung im Logenhaus Berlin

Im zweijährigen Rhythmus bedankt sich der Berliner Landesverband bei seinen treuen Mitgliedern für eine 25- bzw. 40-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit mit einem Abendempfang. Zur diesjährigen Ehrung am 12. Februar 2004 hatte die DSTG Berlin langjährige Gewerkschaftsmitglieder in das Logenhaus Berlin eingeladen. In Anwesenheit der Mitglieder des DSTG-Landesvorstandes lobte der Berliner Landesvorsitzende Detlef Dames (rechtes Foto) die besondere Treue der anwesenden DSTG-Mitglieder zum Berliner Landesverband.

Die langjährige Mitgliedschaft vieler Kolleginnen und Kollegen stärkt die DSTG als die anerkannte Fachgewerkschaft der Finanz- und Steuerverwaltung. Sachkundig und engagiert vertreten Mitglieder in den Dienststellen und auf Landesebene in den verschiedenen Mandaten und Funktionen ehrenamtlich die Anliegen und Interessen der Kolleginnen und Kollegen. Durch die Fachkompetenz der Mandats- und Funktionsträger ist die DSTG in der gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung mit der Landesregierung ein starker Partner. Dadurch kann die Gewerkschaft zu tarif- und beamtenrechtlichen Angelegenheiten der Angehörigen der Berliner



Steuerverwaltung eindeutig und nachhaltig Stellung beziehen.

Der DSTG-Landesverband Berlin bedankte sich bei den Jubilaren mit einer Urkunde und einer Anstecknadel für die vielen Jahre treuer Mitgliedschaft in der DSTG.

www.dstg-berlin.de

links:

Manfred Gampert wird mit einer Anstecknadel für seine 40-jährige Mitgliedschaft in der DSTG geehrt (früher DSTG-Bezirksgruppe Erbschaft- und Verkehrssteuern)

DSTG-Mitgliederehrung im Logenhaus Berlin



oben:

Zu ehrende Kolleginnen und Kollegen mit 40-jähriger Mitgliedschaft in der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Landesverband Berlin

rechts:

DSTG-Bezirksgruppenvorsitzender Jean Wandkowski, Wolfgang Lengner, Karin Österreich (Bezirksgruppenvorstand) Detlef Dames (LL), Regina Haß, Werner Burkhardt, und Herbert Falmer (DSTG-Bezirksgruppe Körperschaften I)

unten:

Heinrich Kleie, Mildred Melchin, Brigitte Ritter, Dietmar Leu, Christa Röglin (Bezirksgruppenvorsitzende), Detlef Majewski, Detlef Dames (LL), Klaus Rössel, Hartmut Püschel, (DSTG-Bezirksgruppe Schöneberg)



Organisationsänderungen in den Finanzkassen

Zur Erinnerung: Für die Finanzkassen wurden auf Bitten des damaligen Finanzsenators bereits 2001 Untersuchungen durchgeführt. Anlass war die angeblich aus dem Kreise der Vorsteher vorgetragene Anregung, Einsparmöglichkeiten im Kassenbereich zu prüfen.

Im ersten Halbjahr 2002 wurde von der OFD die Organisationsstrukturen in den Berliner Finanzkassen untersucht. Die zentrale Frage der Untersuchung war ein Prüfauftrag der Senatsverwaltung für Finanzen, ob eine Zentralisierung des Zahlungsverkehrs bei Einsatz des Automationsverfahrens „Sachbearbeitung Erhebung“ und des „Scanner-Verfahrens“ zweckmäßig ist und zur Effizienzsteigerung bei der Steuererhebung führen kann. Das Ergebnis (Steuer- u. Grollblatt Nr. 11/2003) wurde im Juni 2002 vorgelegt und von SenFin im September 2002 abgenickt.

Kein Personalentwicklungskonzept, keine Beteiligung der Personalvertretungen, inhaltliche Ablehnung durch die Gewerkschaften, trotzdem will die OFD auf Druck der Senatsverwaltung für Finanzen (die durch Personalabbau Kosteneinsparungen erwartet) mit aller Gewalt ab 1. Juli 2003 die Zentralisierung des Zahlungsverkehrs und ein Sachgebiet Erhebung. (Die OFD legt in ihrer eigenen Organisation - nach Ausscheiden des Leiters des Kassenreferates H. Schmidt - die bisherigen Referate Kasse und Vollstreckung zu einem Referat Erhebung zusammen).

November 2002

Vorbereitung:

Die Vorsteher/innen werden - unter Gewährung einer Übergangszeit - aufgefordert, von Beginn des Jahres bis zum 30. Juni 2003 die Vorbuchführer, die bisherigen Bearbeiter mit besonderer Aufgabenstellung zu 50 % und die

Verwendung Individuallösungen in den Finanzämtern vor Ort zu suchen sind, ziemlich hilflos.

(Die nach Abstimmung des Grobkonzepts vorgesehene Informationsveranstaltung für die nach Einrichtung des zentralen Zahlungsverkehr nicht mehr benötigten stellv. Kassenleiter, Kassenprüfer und

in einem anderen Finanzamt oder dezentral in den Finanzämtern verbleiben zu lassen.

Im März 2003 sieht die Oberfinanzdirektion Berlin ein, dass der Termin 1. Juli 2003 nicht zu halten ist, stellt aber unmissverständlich klar, dass die zentrale Zahlungsstelle ihre Tätigkeit zum 1. Januar 2004 aufzunehmen hat. Eine nochmalige Terminverschiebung

Mitgliedschaft schützt vor Nachteilen bei einseitigen Maßnahmen durch den Senat!

Bearbeiter im Buchführungsbereich 1 einzusparen und ihre Aufgaben auf andere Dienstkräfte zu verteilen.

(Kosteneinsparung: 55 Stellen - in 22 Finanzämtern = ca. 1.700.000,00 Euro pro Jahr).

Dass die persönlichen Belange der betroffenen Dienstkräfte im Hinblick auf ihren weiteren Einsatz sensibel berücksichtigt werden sollten, haben die meisten Amtsleiter wohl überhört.

Dezember 2002

Die in der Oberfinanzdirektion Berlin durchgeführte Informationsveranstaltung, um die betroffenen Vorbuchführer persönlich über die beabsichtigten Maßnahmen und die für sie daraus entstehenden Folgen zu informieren, verlassen die Betroffenen nach dem Hinweis, dass für die weitere dienstliche

Oberbuchhalter fand erst gar nicht statt).

Kalenderjahr 2003

Die Präsentation des Automationsverfahrens „Sachbearbeitung Erhebung“ für Einzahlungen und Umbuchungen das in der Oberfinanzdirektion Berlin vorgestellt werden sollte und Voraussetzung für die Einrichtung des zentralen Zahlungsverkehrs ist, musste zwar wegen technischer Schwierigkeiten abgebrochen werden, aber nichtsdestotrotz wird zuerst im FA Schöneberg pilotiert und dann im FA Pankow/Weißensee (ohne Kfz-Steuer).

Die Unterbringung der zentralen Zahlungsstelle erweist sich als problematisch, weil das FA Charlottenburg eine Unterbringung in dem geforderten Umfang nicht für möglich hält. Es wird angedacht, nur den Zahlungsverkehr und die Abrechnungsstelle in Charlottenburg zu zentralisieren und die (AHE) Verwahrung

wäre unter keinen Umständen vertretbar.

Im September 2003 teilt die OFD mit, dass die Bewertungs- und Grundsteuerstelle und die Bausachverständigen des FA Charlottenburg räumlich in das FA Reinickendorf verlagert werden, damit der zentrale Zahlungsverkehr räumlich und organisatorisch in das FA Charlottenburg „passt“! Die Dienstkräfte, die Ende November nach Reinickendorf (Bewertungsnest!?) oder innerhalb Charlottenburg umziehen mussten, waren wie vom Donner gerührt.

Die Kassenprüfung in den Finanzämtern wird auf eine Stelle des mittl. Dienstes reduziert und der Geschäftsstelle zugeordnet. In der Zentralstelle wird für die Prüfstelle ein Sb des geh. Dienstes und fünf Bearbeiter des mittl. Dienstes eingesetzt.

Ende Dezember 2003 und Anfang
Fortsetzung Seite 19 ►►►

Organisationsänderungen in den Finanzkassen

►►► Fortsetzung von Seite 18:

Januar 2004 erfolgte der Umzug innerhalb Charlottenburgs und der Zuzug der 90 „freiwilligen“ Dienstkräfte aus den anderen Finanzämtern.

Kalenderjahr 2004

Am 1. Januar 2004 wurden die Berliner Finanzkassen aufgelöst und am 2. Januar 2004 brach der zentrale Zahlungsverkehr zusammen und das Chaos aus!

Nach einhelliger Aussage aller in der Zentralen Zahlungsstelle der Finanzämter (ZZFÄ) Beteiligten hatte man sich „zwar alles nicht einfach vorgestellt, aber dass es so schlimm werden würde“ damit hatte niemand gerechnet.

Die DSTG hat immer gewarnt, dass dieses auf Biegen oder Brechen angelegte Konzept nicht funktionieren konnte.

Die von der UAG Kassenleiter geforderte zwingende Voraussetzung, der Einsatz der Programme Einzahlung, Umbuchung, Auszahlung und Storno müsse gewährleistet sein, wurde nicht erfüllt.

Obwohl die Programmierer Überstunden schoben und dabei nicht nur ihre Gesundheit, sondern auch ihre Beziehungen gefährdeten, hielt die Software nicht den Erfordernissen stand. Der Einsatz des Verfahrens ohne vorherige genügende Pilotierung ist nicht zu verantworten.

Erst recht nicht, dass wieder alles auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Für die Dienstkräfte ist genau die enorm hohe Belastung entstanden, die durch die veränderten Arbeitsabläufe zu erwarten waren.

Um die seit dem 18. Dezember 2003 nicht auf den Steuerkonten verbuchten Einzahlungen abarbeiten zu können wurden

zusätzliche Dienstkräfte aus den Dekommstellen und der Bu 3 von allen Finanzämtern angefordert, die zum Teil in Kaffeeküchen untergebracht wurden und oft weder einen Schreibtischstuhl, geschweige denn Büromaterial vorfanden.

Aus „organisatorischen“ Gründen durfte diese Einsatzreserve an einem Tag oft stundenlang auf Arbeit warten (und in der Zwischenzeit auch nicht in die eigenen Finanzämter zurück um dort ihre liegen gebliebene Arbeit zu erledigen) und am anderen Tag „erst nach Hause gehen, wenn die Arbeit erledigt ist“.

Noch gegen Mitte Februar 2004 war die Zentrale Zahlungsstelle der Finanzämter (ZZFÄ) im Finanzamt Charlottenburg mit den Einzahlungsbuchungen noch mindestens 10 Tage zurück, seit 3 Monaten wurde kein Mahnlauf gefahren, die Vollziehungsbeamten sitzen auf dem Trockenen — aber der Finanzsenator hat noch immer kein Einnahmeproblem!

Verwaltungsgericht Berlin: Eilantrag abgewiesen Sonderzuwendung – Kürzung ist rechtmäßig

Beamte des Landes Berlin haben seit Inkrafttreten des Sonderzahlungsgesetzes vom 5. November 2003 nur noch Anspruch auf die Gewährung eines sog. Weihnachtsgeldes in Höhe von 640,00 €; Beamte im Vorbereitungsdienst erhalten 200 €. Hinzu kommt ein Sonderbetrag in Höhe von 25,56 € für jedes Kind. Ein Anspruch der Berliner Beamten auf weitergehende Leistungen in Höhe eines bestimmten Vomhundertsatzes der Bezüge, wie er bis dahin bestand und wie er gegenwärtig noch für die Bundesbeamten gilt, ist nicht mehr gegeben. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen diese landesrechtliche Neuregelung bestehen nicht. Dies entschied das Verwaltungsgericht Berlin in einem bereits am 16. Dezember 2003 ergangenen Beschluss, mit dem es den Eilantrag eines Landesbeamten zurückwies.

Das Verwaltungsgericht Berlin hat einen **Eilantrag** auf Gewährung eines sog. „Weihnachtsgeld“ in Höhe von 84,29 % der nach dem Besoldungsrecht für den Monat Dezember maßgebenden Bezüge mit der Begründung abgelehnt, dass das bisher geltende Sonderzuwendungsgesetz gem. Art. 18 Abs. 2 BBVAmpG 2003/2004 nicht mehr anzuwenden ist.

Beamten des Landes Berlin steht nach Ansicht des Verwaltungsgerichts nur eine Sonderzuwendung in der in § 5 Abs. 1 SZG (Berlin) bestimmten Höhe zu. Danach erhalten Beamte einen Sockelbetrag in Höhe von 640,— €, Anwärter 200,— € und Pensionäre 320,— € zzgl. eines Sonderbetrages für Kinder in Höhe von jeweils 25,56 €.

Das Gericht sieht in der Absenkung der jährlichen Sonderzahlung keinen Verstoß gegen Art. 33 Abs. 5 GG oder den Vertrauensgrundsatz.

Die Entscheidung in der Hauptsache steht noch aus. ■

Das Leistungsangebot . . .

Beispiel

Beihilfe-Broschüre . . .

Die neuen Beihilfevorschriften des Bundes vom 17. Dezember 2003 finden nach § 44 des Landesbeamtengesetzes - LBG - unmittelbar ab 1. Januar 2004 Anwendung im Land Berlin. Für die Mitglieder der Deutschen Steuer-Gewerkschaft hat der dbb berlin eine Informationsbroschüre „Beihilfe“ mit den neuen Beihilfevorschriften und ergänzenden Erläuterungen vorbereitet. DSTG-Mitglieder können diese dbb-Broschüre beim örtlichen DSTG-Bezirksgruppenvorstand anfordern.

Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie in die Fachgewerkschaft ein!

DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Ausfüllen und bitte an die DSTG-Berlin senden:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Berlin
Motzstraße 32
10777 Berlin

FAX: 030 21473041

Ja, ich werde Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft – Landesverband Berlin- mit Wirkung vom 2004.

Name: Vorname: Geburtsdatum:

Anschrift:

Telefon privat: E-Mail privat:

Dienststelle: Besoldungs-/Vergütungsgruppe:

Telefon dienstlich: Teilzeitbeschäftigt:

....., den (Unterschrift)